



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

**Ungefestigte Rechtsstaatlichkeit in Rumänien: Rachefeldzug gegen Präsident
Basescu – Grundlegende Schwächen des Systems ermöglichen
Machtmissbrauch**

Ursprung, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-66447>

Newspaper Article

Originally published at:

Ursprung, Daniel. Ungefestigte Rechtsstaatlichkeit in Rumänien: Rachefeldzug gegen Präsident Basescu – Grundlegende Schwächen des Systems ermöglichen Machtmissbrauch. In: Neue Zürcher Zeitung, 158, 10 July 2012, 5.

Ungefestigte Rechtsstaatlichkeit in Rumänien

Rachefeldzug gegen Präsident Basescu – Grundlegende Schwächen des Systems ermöglichen Machtmissbrauch

Die sozialliberale Regierung Rumäniens hat in einem Tempo unabhängige Institutionen entmachtet, wie man das nach dem Sturz Ceausescus nicht mehr für möglich gehalten hätte. Die Krise offenbart die Schwächen des politischen Systems.

Daniel Ursprung

In Rumänien sind in den letzten Wochen rechtsstaatliche Prinzipien in einem Ausmass verletzt worden, die einmalig sind in der jüngeren Geschichte des Landes seit dem Sturz der kommunistischen Diktatur Ceausescus 1989. Beängstigend an der Entwicklung sind das Tempo und die Leichtigkeit, mit der es der erst seit Mai amtierenden sozialliberalen Koalitionsregierung (USL) innerhalb weniger Wochen gelungen ist, eine unabhängige Instanz nach der anderen zu entmachten. In grosser Eile hat die nur bis zu den im Herbst anstehenden Parlamentswahlen amtierende Regierung fundamentale Änderungen, teilweise unter klarer Missachtung rechtlicher Normen, durchgepeitscht und damit den Rechtsstaat dem Machtstreben geopfert. Sie hat ein kurzes Zeitfenster nach der auf eine knappe Mehrheit im Parlament gestützten Machtübernahme genutzt, vollendete Tatsachen zu schaffen. Geplante, wenn auch vorerst vom Verfassungsgericht gekippte Änderungen des Wahlmodus könnten der USL im Herbst gar die absolute Mehrheit garantieren.

Rausch der Macht

Das europäische Ausland wurde durch die Entwicklungen im siebtgrössten EU-Land überrumpelt. Die Opposition ist durch die harte Austeritätspolitik der letzten Jahre weitgehend diskreditiert und durch Überläufer geschwächt. Auch die schwache Bürgergesellschaft vermag keinen wirksamen Widerstand gegen das autoritäre Vorgehen der Regierung zu leisten. Die politische Mobilisierung bleibt gering, ein Grossteil der Bevölkerung ist des permanenten politischen Gezänks überdrüssig und steht dem Machtkampf indifferent gegenüber oder tendiert traditionellerweise den Machthabern zu. Der USL gelang es daher, institutionelle wie rechtliche Hürden zur Festigung der Macht mit einer Leichtigkeit zu beseitigen, wie man es in Rumänien nach dem Sturz Ceausescus nicht mehr für möglich gehalten hätte. Wohl selber verblüfft vom geringen Widerstand gegen ihr eigenmächtiges Vorgehen verfiel die Koalition immer mehr dem Rausch der Macht, gemässigt einzig von den zaghaft einsetzenden ausländischen Reaktionen, denen in Rumänien stets grosse Bedeutung zuge-messen wird.

Angefangen hatte alles mit den bei Regierungswechseln üblichen personellen Rochaden im Verwaltungsapparat, die aber bald auch den kulturellen und wissenschaftlichen Bereich erfassten. Die Lage verschärfte sich, als der Regierungschef Victor Ponta Mitte Juni des Plagiats überführt wurde und praktisch gleichzeitig sein politischer Mentor (und Doktorvater), der Ex-Ministerpräsident Adrian Nastase, verurteilt und inhaftiert wurde. Die von diversen Skandalen erschütterte Regierung kämpfte um ihr politisches Überleben und für die Fortsetzung der bisherigen Straflosigkeit für hohe Politiker. Dies erklärt die Eile beim Frontalangriff auf alle Institutionen, welche die Regierung nicht kontrollierte, in erster Linie auf das Präsidentenamt und die Justiz. Mehrere Minister mussten innerhalb weniger Wochen aufgrund von Plagiats-affären oder wegen Ämterkumulation in früheren Funktionen zurücktreten.

Während Plagiate auch früher schon zum Rücktritt von Ministern geführt hatten (so nahm 2003 der Gesundheitsminister Beuran den Hut), liess Ponta in seiner jovialen Art sämtliche Vorwürfe an sich abprallen und gleichzeitig per Dringlichkeitserlass die mit Plagiatsvor-

würfen betrauten Kommissionen umorganisieren. Ein einstimmiges Verdikt einer Kommission, das den Plagiatsvorwurf bestätigte, wurde mit legalistischen Gründen für nichtig erklärt.

Zahlreiche in Korruptionsaffären verwickelte Politiker aller Parteien fürchten die in jüngster Zeit manifestierte Unabhängigkeit der Justiz, der unterstellt wird, im Auftrag von Präsident Traian Basescu politische Verfahren zu inszenieren. Die Vorwürfe sind wenig stichhaltig, da im semipräsidentiellen politischen System Rumäniens die Einflussmöglichkeiten des Präsidenten begrenzt sind. Gewiss hat Basescu, der seine Rolle als eines aktiven Spielers und nicht eines neutralen Schiedsrichters definiert hat, seine Prärogativen ausgereizt. Und er trug auch die Politik der ihm nahestehenden, bis zum Beginn des Jahres regierenden liberaldemokratischen PDL mit, als deren starker Mann der formal parteilose Präsident Basescu gilt.

Persönliche Eitelkeiten

Seit 2004 im Amt, polarisiert der Präsident, ein Meister politischer Intrigen, wie kein zweiter Politiker Rumäniens nach 1989 und ist am vergifteten politischen Klima nicht ganz unschuldig. Er schwang sich in populistischer Manier zum Kämpfer gegen die pauschal als korrupt verschriene politische Klasse auf und schreckte auch vor persönlichen Attacken nicht zurück. Damit brachte er weite Teile des politischen Spektrums gegen sich auf, in dem über alle Parteien hinweg die stillschweigende Abmachung gilt, über Korruptionsskandale hinwegzusehen oder Verfahren mit juristischen Kniffen im Sande verlaufen zu lassen.

Basescu selber ist zwar im Zusammenhang mit einem Hauskauf in Bukarest oder dem Verkauf der Handelsflotte während seiner Zeit als Verkehrsminister in den neunziger Jahren Korruption vorgeworfen worden, und auch in der ihm nahestehenden PDL ist die in Rumänien tief verankerte Korruption verbreitet. Allerdings liessen Basescu und die PDL-Regierung die Justiz in einem Ausmass gewähren, das es ihr in jüngster Zeit erstmals ermöglichte, ihrer Aufgabe unabhängig von politischen Vorgaben nachzugehen, auch gegen PDL-Politiker. Für viele Politiker aller Couleur ist damit das ungeschriebene Gesetz der politischen Gängelung der Justiz verletzt, das Verständnis von Politik als Machtkartell der Korrupten erstmals seit 1989 ernsthaft gefährdet.

Zu all dem gesellen sich persönliche Eitelkeiten der führenden Figuren der Koalition. Dass sich die Nationallibe-

ralen am schmutzigen Rachefeldzug ihrer postkommunistischen Koalitionspartner gegen den Präsidenten beteiligen, liegt auch darin begründet, dass sich deren Parteichef Crin Antonescu Hoffnung macht, als USL-Kandidat Nachfolger Basescus zu werden. Die Zeit spielt jedoch gegen die USL, die als reine Zweckallianz wohl nicht lange über die Wahlen hinaus Bestand haben dürfte. Antonescus Chancen auf das Präsidentenamt sind intakt, wenn er bei vorgezogenen Präsidentschaftswahlen auf die Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen kann.

Interessenverbände

Wohl auch daher wurde das Amtsenthebungsverfahren gegen den regulär bis zum Jahre 2014 amtierenden Präsidenten Basescu im Eilzugtempo durchgezogen. Dabei änderte die Regierung ständig die Regeln des laufenden Spiels. Verfahrensschritte, die sich beim ersten, letztlich am Referendum gescheiterten Amtsenthebungsverfahren gegen Basescu 2007 über mehr als zwei Monate hingezogen hatten, wurden diesmal in wenigen Tagen abgeschlossen.

Die Entwicklung ist die Folge grundlegender Schwächen des politischen Systems Rumäniens. Parteien funktionieren nach wie vor primär als Interessenverbände einflussreicher Personen und ihrer Gefolgschaft, können aber auf kein stabiles Wählersegment bauen. Die ideologischen Zuordnungen der Parteien nach dem Links-rechts-Schema sind nicht viel mehr als oberflächliche Etiketten. Parteiübertritte, Parteispaltungen und -fusionen quer durch das politische Spektrum sind keine Seltenheit. Sämtliche der an der jetzigen Krise beteiligten Parteien waren in den letzten vier Jahren mit jeder anderen bereits in Koalitionen verbunden.

Während in den neunziger Jahren der ideologische Gegensatz zwischen Postkommunisten und Antikommunisten das politische Spektrum strukturiert hat, ist diese Front verwischt – Basescus PDL, die sich inzwischen als Mitte-Rechts-Partei definiert, geht ebenso wie Pontas Sozialdemokraten auf die kommunistische Nachfolgepartei der frühen neunziger Jahre zurück, während unter dem Parteichef Antonescu der traditionelle Antikommunismus der Nationalliberalen derzeit keine Rolle spielt.

Die rumänischen Parteien vertreten wegen der schwachen Bindung zwischen Wählerschaft und Partei primär die Interessen ihrer Führungsfiguren, welche meist autoritär aufgrund momentaner Interessen die politische Linie vorgeben. Das verleiht der Politik eine schwer vorhersehbare Sprunghaftigkeit,

angelaufene Reformen werden immer wieder abrupt beendet.

Dem Machtmissbrauch Tür und Tor öffnet die von allen Regierungen seit 1989 exzessiv eingesetzte Möglichkeit, per Dringlichkeitserlass am Parlament vorbeizuregieren. Auf rechtlichem Gebiet herrscht ein kaum überschaubares Dickicht mehrdeutiger oder sich gar widersprechender Rechtsnormen. Die restriktive Gesetzgebung wird in der Praxis lasch gehandhabt und begünstigt so Übertretungen und Korruption. Es existiert damit aber ein Druckmittel, gezielt missliebige Akteure mit Verweis auf häufig unvermeidbare und im Allgemeinen geduldete Gesetzesverstösse zu massregeln. Da zahlreiche Gesetze bewusst interpretationsbedürftig formuliert sind, öffnen sich hier viele Möglichkeiten zur einer legalistisch verbrämten Willkür, wie auch die zahlreichen Auseinandersetzungen um prozedurale Mängel in der jetzigen Krise zeigen.

Damit zusammenhängend erwies sich in den letzten Wochen die nur unzulänglich abgesicherte Autonomie staatlicher Instanzen als grösstes Problem. Die Regierung kann selbst an sich apolitische Funktionsträger praktisch jederzeit abberufen. Der Generaldirektor der Staatsarchive, der im Ausland hochangesehene Historiker Dorin Dobrincu, ist so Mitte Juni unter fadenscheinigem Vorwand entlassen worden, nachdem ihn Innenminister Rus öffentlich gedemütigt hatte. Dobrincu hatte den Zorn der postkommunistischen Sozialdemokraten auf sich gezogen, weil er in den letzten Jahren die zuvor verschlossenen Archive der kommunistischen Zeit geöffnet hatte.

Dezentralisierung

Das Beispiel, dem sich viele ähnlich gelagerte hinzufügen liessen, zeigt auf, wie jahrelang hart erarbeitete Erfolge, verknöcherte Institutionen zu reformieren, mit einem Federstrich zunichtegemacht werden können. Institutionelle Brandmauern, welche die Unabhängigkeit der Institutionen vor politischer Vereinnahmung garantieren, sind nur schwach ausgeprägt.

Rumänien wird sich nach der Überwindung der gegenwärtigen politischen Krise die Frage stellen müssen, wie ähnliche Verletzungen des Rechtsstaates in Zukunft vermieden werden können. Eine Dezentralisierung des notorisch korrupten und überbürokratisierten Verwaltungsapparates sowie eine besser abgesicherte institutionelle Autonomie könnten Ansätze dazu sein.

.....
Daniel Ursprung ist Mitarbeiter an der Abteilung für osteuropäische Geschichte der Universität Zürich.